



**Bettina Hagedorn**

Mitglied des Deutschen Bundestages

Platz der Republik 1, 11011 Berlin

☎ (030) 227 – 73 832

📠 (030) 227 – 76 920

✉ [bettina.hagedorn@bundestag.de](mailto:bettina.hagedorn@bundestag.de)

# Pressemitteilung

---

27.09.2017

## **Schutzzone im Fehmarnbelt eingerichtet**

*Hagedorn: Umweltministerin Hendricks ist den Betroffenen durch Kompromisse sehr entgegengekommen*

Heute wurden die sechs neuen Meeresnaturschutzgebiete in Nord- und Ostsee – eines davon im Fehmarnbelt im FFH-Schutzgebiet – im Bundesgesetzblatt veröffentlicht und damit nach 1 ½ jähriger strittiger Diskussion in Kraft gesetzt. Bundesumweltministerin Barbara Hendricks hat mit dieser Verordnung – trotz deutlich und mehrfach verkleinerter Schutzzone im Fehmarnbelt im Kompromiss mit den Freizeitanglern – auf ein laufendes Vertragsverletzungsverfahren der EU gegen die Bundesrepublik Deutschland reagiert. Entgegen ihrer Ankündigung am 14. Juli in Heiligenhafen hatte Bundeskanzlerin Merkel die Verordnung im Kabinett nicht ein weiteres Mal zur Sprache gebracht. Die SPD-Bundestagsabgeordnete Bettina Hagedorn aus Ostholstein hatte sich in zahlreichen Diskussionsrunden und Veranstaltungen mit den Betroffenen gemeinsam mit der Europa-Abgeordneten Ulrike Rodust, die in Brüssel für das Thema Fischerei zuständig ist, für einen Kompromiss der wirtschaftlichen und umweltpolitischen Aspekte eingesetzt, um den Bestand der Fischereibetriebe einerseits und der Freizeitangler andererseits zu wahren ohne die berechtigten Naturschutzziele zu vernachlässigen.

Hagedorn: „Das jetzt veröffentlichte Schutzgebiet entspricht 1 : 1 in Lage und Größe dem Gebiet, das ich am 22. April bereits auf der Bühne bei der „Fishing Masters Show“ in Burgstaaken als finalen Kompromiss des Umweltministeriums vorgestellt habe. Vergessen wir nicht, dass der erste Entwurf vom März 2016 eine 100-prozentige Schutzzone im Fehmarnbelt vorsah und Staatssekretär Jochen Flasbarth bereits auf meine Einladung am 10. Juni 2016 Heiligenhafen besuchte, um eine Verkleinerung der Angelverbotszone auf nur noch 30 Prozent anzukündigen. In weiteren Diskussionsrunden von mir im Juli 2016 mit den Angelkutterkapitänen wurde die Forderung nach einer östlichen Verschiebung des Gebietes erhoben, um Teile des für die Angelkutterbetriebe sehr attraktiven – aber auch sehr schützenswerten – Riffs aus der Angelverbotszone herauszuhalten. Auch dieser Forderung kam Umweltministerin Barbara Hendricks nach und Ende April 2017 konnte ich dann zusätzlich eine weitere Verkleinerung auf 24 Prozent der Ursprungsfläche mit Verschiebung nach Osten verkünden. Für diese Äußerung habe ich zwar öffentlich Buh-Rufe der Angler-Aktivisten und Schmäh-E-mails erhalten, aber ich stehe dazu: die Balance der Umwelt- und Wasserqualität der Ostsee ist gefährdet und wie durch regelmäßige wissenschaftliche Untersuchungen für die zuständige EU-Ebene in Brüssel im Frühsommer 2016 absolut unstrittig erwiesen wurde, ist nicht nur der Dorschbestand derartig massiv gefährdet, dass die Wissenschaftler eine um bis zu 88 Prozent (!) reduzierte Dorschangquote empfohlen haben, obgleich Brüssel dann nur eine gut 50prozentige Reduktion beschlossen hat. Für die Fischerei- und Angelkutterbetriebe steht die berufliche Existenz vor allem dann auf dem Spiel, wenn sich die Dorschbestände nicht nachhaltig erholen und die Ostseequalität kippt – und darum müssen die Bestände geschont und die Riffe als ‚Kinderstube‘ der Fische zumindest teilweise geschützt werden durch reduzierte Fänge BEIDER Berufsgruppen. Deshalb setze ich mich für politisch verantwortbare Lösungen und Kompromisse ein, die einerseits die heutigen Betrieben berücksichtigen, aber andererseits auch den Ostseeschutz und die Tatsache beachten, dass auch meine drei Enkelkinder noch angeln lernen und Ostseedorsch genießen wollen.“